

Regierung verschiebt Tram-Abstimmung

Erfolg für Referendumskomitee nach Beschwerde

Von Aaron Agnolazza

Basel. Die Basler Regierung verschiebt die Abstimmung über das Erlenmatt-Tram vom 9. Februar auf den 18. Mai 2014. Das Referendumskomitee «Nein zum Tram Erlenmatt» hatte gegen den Entscheid der Basler Regierung vom 12. November, die Abstimmung auf den 9. Februar anzusetzen, eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt sei das Zustandekommen des Referendums noch nicht klar gewesen, sagt SVP-Grossrat Joël Thüring. «Die Regierung hätte vor der Ansetzung eines Termins noch ein wenig zuwarten können.» Mittlerweile aber sei klar, dass das Referendumskomitee auf einem guten Weg ist und die erforderlichen 2000 Unterschriften voraussichtlich zusammenbringt, so Thüring.

Bis es zur offiziellen Publikation des Zustandekommens des Referendums im Kantonsblatt kommt, vergehen aber noch rund drei Wochen, wie LDP-Grossrat Heiner Vischer sagt: «Das wird frühestens am 15. Dezember der Fall sein, und damit rund eine Woche vor der Weihnachtspause, die bis zum 6. Januar dauert.» Rund einen Monat vor dem Abstimmungstermin werden die Abstimmungsunterlagen vom Kanton verschickt.

Wegen dieser kurzen Fristen hätten die Bürgerlichen eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht, erklärt Vischer. «Wir hätten nur über die Weihnachtzeit gehabt, unsere Kampagne zu lancieren, das ist nicht nur unmöglich, das ist auch unfair.» Normalerweise habe man mehrere Monate Zeit, um solch eine Kampagne vorzubereiten. «Abgesehen davon steht im Wahlgesetz, dass die Regierung erst nach Publizierung eines Zustandekommens einer Initiati-

ve oder eines Referendums den Abstimmungstag festsetzen kann.»

Angesprochen auf diesen Umstand sagt Staatsschreiberin Barbara Schüpbach, dass es übliche Praxis sei, Abstimmungen unter Vorbehalt des Zustandekommens eines Referendums anzusetzen. «Das hat sich bei anderen Abstimmungen bewährt, da wir die politische Diskussion am Laufen halten möchten.» Die Beschwerde habe man inhaltlich nicht behandelt, so Schüpbach. Die Regierung habe die Situation aufgrund der Weihnachtsferien neu beurteilt und kam zum Schluss, dass eine Verschiebung des Termins angezeigt sei.

Keine Eile mit dem Termin

Joël Thüring zeigt sich erfreut über die Verschiebung des Abstimmungsdatums: «Wir begrüssen, dass die Abstimmung erst im Mai stattfinden wird.» Dies ermögliche eine sachliche Diskussion. Eile sei beim Erlenmatt-Tram zudem nicht geboten, wie Heiner Vischer betont: «Ich habe mit dem Leiter des Agglomerationsprogramms des Bundes für die Nordwestschweiz gesprochen. Patrick Leipoldt hat mir gesagt, dass alle Fristen des Bundes aufgehoben sind, weil die Zukunft anderer ÖV-Projekte noch nicht klar ist. Ein Baubeginn 2014 ist sowieso unrealistisch.» Damit dürften auch die zwölf Millionen Bundesgelder für das Erlenmatt-Tram nicht in Gefahr sein, sollte es vom Stimmvolk angenommen werden.

Das von den bürgerlichen Parteien ergriffene Referendum richtet sich gegen den Beschluss des Grossen Rates, der für die 1,2 Kilometer lange Tramlinie vom Badischen Bahnhof bis zum neuen Quartier Erlenmatt und die Umgestaltung des Bahnhof-Vorplatzes 68 Millionen Franken bewilligte.